



Stadt Kamen

Niederschrift

MuV

über die
1. Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses
am Dienstag, dem 23.03.2021
in der Stadthalle Kamen

Beginn: 18:04 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Joachim Eckardt
Herr Peter Holtmann
Herr Jan Isert
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Lucas Sklorz
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Kim Christopher Bock
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Oliver Romeo
Herr Martin Wilhelm
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Timon Lütchen
Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Anke Schneider

FW Kamen

Herr Martin Seidlitz

FDP

Frau Alexandra Schnell

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

Sachverständige gem. Beschluss des Mobilitäts- Verkehrsausschusses
Herr Dieter Brinkmann
Herr Dirk Preker

Verwaltung
Frau Christine Brockmeyer
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Hanna Schulze

Gäste
Herr Klaus Hoekzema

Entschuldigt fehlten
Herr Gunther Heuchel
Herr Heinrich Kissing

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 23.03.2021 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Der Vorsitzende, Herr **Kasperidus** eröffnete die form-und fristgerecht einberufene Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, den Vertreter der Presse und die Sachverständigen und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
2	Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses und Durchführung der Einwohnerfragestunde	034/2021
3	Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses	035/2021
4	Verpflichtung der Sachverständigen	
5	Aktueller Stand Straßenbau in Kamen hier: Bericht der Verwaltung	
6	Sanierung Frostschäden hier: Bericht der Verwaltung	
7	Bericht des Radverkehrsbeauftragten	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Im Rahmen des ersten Tagesordnungspunktes erfolgte die Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder durch Herrn **Kasperidus**, den Vorsitzenden des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses.

Zu TOP 2.
034/2021

Aufnahme Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses und Durchführung der Einwohnerfragestunde

Herr **Kasperidus** rief den zweiten Tagesordnungspunkt auf. Er erläuterte, dass an den Beginn jeder Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde gestellt und damit Einwohnern die Möglichkeit geboten werden solle, Fragen an die Verwaltung zu richten.

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsausschuss der Stadt Kamen beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode des Rates eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung der Mobilitäts- und Verkehrsausschusssitzung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Durchführung der Einwohnerfragestunde erfolgte mangels der Anwesenheit von Einwohnern nicht.

Zu TOP 3.
035/2021

Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses

Es sei vorgesehen, Sachverständige aus den Reihen des ADFC und der Kreispolizeibehörde zu den Sitzungen des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses einzuladen, teilte Herr **Kasperidus** den Anwesenden mit. Der ADFC, Ortsgruppe Kamen - Bergkamen – Bönen, habe Herrn Dieter Brinkmann und Herrn Klaus Hoekzema benannt, seitens der Kreispolizeibehörde seien die Herren Dirk Preker und Marc Westerhoff vorgeschlagen worden.

Frau **Jung** äußerte sich positiv zur Teilnahme von Sachverständigen an den Sitzungen. Sie schlug vor ebenfalls Vertreter der VKU zu den Sitzungen einzuladen, da auch die VKU von Fragen der Mobilität und des Verkehrs betroffen sei.

Herr **Dr. Liedtke** legte dar, dass vor Jahren mit der VKU abgestimmt worden sei, Vertreter nur dann zu den Sitzungen einzuladen, wenn es den Arbeitsbereich der VKU betreffe. Dies solle so beibehalten werden.

Beschluss:

Zu den Sitzungen des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses sind Sachverständige der Kreispolizeibehörde Unna und des ADFC e.V., Ortsgruppe Kamen-Bergkamen-Bönen, einzuladen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Verpflichtung der Sachverständigen

Die Sachverständigen des ADFC, die Herren Brinkmann und Hoekzema, und der Sachverständige der Kreispolizeibehörde, Herr Preker, wurden von Herrn **Kasperidus** verpflichtet.

Zu TOP 5.

Aktueller Stand Straßenbau in Kamen
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** unterrichtete die Ausschussmitglieder über vier anstehende Baumaßnahmen im klassifizierten Netz auf Kamener Stadtgebiet. Die „Dortmunder Allee“ werde, im Zusammenhang mit dem Bau der Spange Ende 2021, zwischen der „Unnaer Straße“ und dem Friedhof in Unna-Afferde saniert. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW beabsichtige, den Fahrbahnbelag mit Flüsterasphalt zu versehen. Die „Westicker Straße“, so Herr Dr. Liedtke, werde vom Parkhaus am Bahnhof bis zum Kreisverkehr „Königstraße“ ebenfalls eine komplett neue

Fahrbahn aus Flüsterasphalt erhalten. Die Arbeiten würden in der 13 KW. beginnen und es sei eine Bauzeit von ca. vier Wochen eingeplant. Es gebe enge Abstimmungen zwischen dem Kreisstraßenbauamt und den im Sanierungsbereich anliegenden Unternehmen; es sei allerdings auch klar, dass eine solche Maßnahme nicht störungsfrei ablaufen könne.

Im Rahmen der Sanierung erfolge auch eine Neuaufteilung des Straßenraums. Es sollen sowohl im innerörtlichen als auch im außerörtlichen Bereich Anlagen für den Radverkehr angelegt werden und damit gute Anschlussmöglichkeiten an die im Zusammenhang mit dem Bau der Spange entstehenden Fuß- und Radwege geschaffen werden.

Anschließend stellte Herr Dr. Liedtke zwei neue Maßnahmen vor. Die „Hammer Straße“ (L 654) werde zwischen „Ostring“ und „Danziger Straße“, im Anschluss an den durch die Stadtentwässerung Kamen neu zu verlegenden Kanal, vom Landesbetrieb Straßenbau NRW mit lärmminderndem Asphalt saniert. Es werde eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Straßenbaulastträger, wie auch schon bei der Baumaßnahme „Nordring“ praktiziert, geschlossen. Mit dem Kanalbau solle im August dieses Jahres begonnen werden.

Bei der letzten Maßnahme, führte Herr Dr. Liedtke aus, handele es sich um die Ortsdurchfahrt der „Robert-Koch-Straße“ (L 821), die zwischen dem Kreisverkehr „Germaniastraße / Händelstraße“ und der Einmündung „Lortzingstraße“ eine neue Fahrbahn erhalten solle.

Auch hier sei wieder im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung eine gemeinsame Baustelle geplant, da im Vorfeld ebenfalls der Kanal zu erneuern sei. Die Ausführung der Arbeiten sei für 2022 vorgesehen.

Für das Bündnis 90 / Die Grünen erkundigte sich Frau **Schneider** nach dem Bau von straßenbegleitenden Radwegen an der „Hammer Straße“ und der „Dortmunder Allee“, da hier die Situation für Radfahrer nicht sehr befriedigend sei. Ihr sei in Erinnerung, dass dies bei der „Hammer Straße“ schon früher thematisiert worden sei. Es müsse jedoch trotz der beidseitigen Baumreihen Lösungen geben.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass die Verwaltung bzgl. der „Dortmunder Allee“ noch im Gespräch mit dem Baulastträger sei, da es auf Grund des vorhandenen Querschnitts gewünscht sei, eine gute Radverkehrsinfrastruktur anzubieten.

Die „Hammer Straße“ betreffend erläuterte Herr Dr. Liedtke, dass hier kein vollständiger Neubau, sondern lediglich eine Sanierung zwischen den Bordern geplant sei. Ein Neubau von Geh- und Radwegen gehe finanziell zu Lasten der Stadt Kamen; diese Mittel seien im Haushalt nicht verfügbar und daher ließe sich eine solche Maßnahme nicht realisieren. Abschließend verwies er auf die Notwendigkeit der Fällung sämtlicher Bäume, sollten Geh- und Radweg neu gebaut werden.

In diesem Zusammenhang regte Herr **Fuhrmann** an, den Versatz an der „Hammer Straße“ im Bereich der Einmündung „Danziger Straße“ zu begründen.

Herr **Kasperidus** bat die Verwaltung, die Anregung mitzunehmen und erfragte weitere Wortmeldungen.

Die Anfrage von Herrn **Fuhrmann**, ob auch die „Spange Südkamen“ mit lärmminderndem Asphalt versehen werde, wurde von Herrn **Dr. Liedtke** bejaht.

Zu TOP 6.

Sanierung Frostschäden
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** verwies auf die musterhafte Darstellung in der Präsentation über den Frost-Tau-Wechsel und erläuterte, dass auf Grund des massiven Wintereinbruchs Anfang bis Mitte Februar diesen Jahres die kommunalen Straßen großen Schaden genommen hätten. Im Rahmen der Verkehrssicherung seien diese Stellen vom Baubetriebshof mit Kaltasphalt repariert worden, was jedoch nur ein Provisorium darstelle, da Kaltasphalt sehr schnell wieder kaputtgefahren werde.

Um eine längerfristige Verbesserung zu erreichen, versuche die Verwaltung, über eine Sonderausschüttung der SEK Mittel freizusetzen, die im städt. Haushalt nicht verfügbar seien, um dann das Problem programmatisch angehen zu können. Es sei bereits eine Dringlichkeitsentscheidung zur Herbeiführung eines entsprechenden Ratsbeschlusses vorbereitet worden. Parallel dazu würden derzeit im Stadtgebiet die Schadstellen erfasst, um eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten. Momentan könne noch keine abschließende Liste vorgelegt werden, aber es werde addiert auf mehrere 1000 m² zu reparierender Straßenfläche hinauslaufen. Die Reparatur erfolge dann nicht provisorisch mit Kaltasphalt, sondern fachgerecht, so dass diese Reparaturstellen über mehrere Jahre halten würden. Er gehe davon aus, dass im Frühjahr der Auftrag vergeben und im Sommer die Arbeiten ausgeführt werden könnten.

Es bestehe vor Durchführung dieser Schadensregulierungen jedoch Abstimmungsbedarf mit dem Kanalbauprogramm der SEK in den Jahren 2021 - 2024. Beispielhaft nannte Herr Dr. Liedtke die „Kämertorstraße“. Angesichts des noch neu zu verlegenden Kanals werde hier aus wirtschaftlichen Gründen zunächst nur im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht Kaltasphalt eingebaut.

Unberührt von der vorgenannten Maßnahme, führte er weiter aus, seien das bekannte Geh- und Radwegesanierungsprogramm und das DSK-Programm (Dünnschichtverfahren im Kalteinbau).

Die Maßnahme wurde von dem **Vorsitzenden** positiv beurteilt.

Herr **Aschhoff** erkundigte sich nach der Möglichkeit, Einfluss auf die Reparatur der Lünener Straße, insbesondere der Beseitigung der „Flickschusterei“ mit Kaltasphalt, zu nehmen.

Herr **Dr. Liedtke** vermutete, dass der Auftrag zur großflächigen Reparatur seitens des Landesbetriebes Straßenbau NRW schon vergeben worden sei, es lediglich Verzögerungen in der Ausführung gebe. Er verwies auf die Tatsache, dass StraßenNRW grundsätzlich regelmäßig Sanierungsmaßnahmen durchführe, zur Zeit aber auch an vielen Stellen mit den Folgen des Wintereinbruchs zu kämpfen habe. Man werde jedoch die entsprechenden Informationen einholen und weiterleiten. (Anm. d. Verw.: der Ausführungszeitraum für die Reparaturarbeiten ist innerhalb der nächsten 6 Monate eingeplant).

Für seine Fraktion begrüßte Herr **Fuhrmann** die Realisierung der Schadensbeseitigung in der vorgestellten Weise; sie werde diesen Ansatz mittragen und dafür im Rat die Zustimmung erteilen. Mittlerweile häuften sich die Beschwerden aus der Bürgerschaft über den Zustand der Straßen.

Ergänzend zu seinem Bericht stellte Herr **Dr. Liedtke** die Besonderheit der Straße „Lüner Höhe“ heraus. Hier mache es keinen Sinn, über das SEK-Sonderprogramm Mittel zu investieren, da in ungefähr 2 – 4 Jahren ein neuer Vollausbau geplant sei. Daher werde zunächst nur die Oberfläche im DSK-Verfahren mit Asphalt überzogen.

Die Liste der in 2021 insgesamt mittels DSK zu sanierenden Straßen sei noch nicht abschließend erstellt, ggf. könne diese am 25.03.21 im Ausschuss für Planung- und Stadtentwicklung vorgestellt werden.

Zu TOP 7.

Bericht des Radverkehrsbeauftragten

In seiner Eigenschaft als Radverkehrsbeauftragter der Stadt Kamen berichtete Herr **Breuer** über wesentliche Maßnahmen in der anstehenden Legislaturperiode. Die näheren Einzelheiten seien der beigefügten Präsentation (Seite 3 – 19) zu entnehmen.

Herr **Kasperidus** lobte die Darstellung der im Rahmen des Klimaschutz- und Nahmobilitätskonzeptes bereits behandelten und noch zu behandelnden Projekte. Das Thema Nahmobilität bzw. E-Mobilität, besonders die E-Bikes betreffend, werde ein wichtiger Teil der zukünftigen Politik sein. Ihn, so betonte er, interessiere vor allem das Ergebnis der Bewertung der Hastsperrren.

Herr **Aschhoff** zeigte sich beeindruckt von den vorgestellten Projekten und lobte die in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen, wie z. B. den Ausbau des Radwegenetzes, die neu errichteten Fahrradabstellanlagen sowie den Einsatz des DSK-Verfahrens für Radwege. Er erkundigte sich nach dem Zustand des Radweges an der Körne; er habe der Presse entnommen, dass dieser wassergebundene Weg durch Baustellenfahrzeuge so gut wie unbenutzbar sei.

Dabei handele es sich, vermutete Herr **Breuer**, um die Baustelle der Brücke Jägerweg. Der zuständige Bauleiter werde sich mit der ausführenden Firma in Verbindung setzen, damit der Weg zumindest an den Wochenenden befahrbar sei.

Die Beeinträchtigungen würden insgesamt, so Herr Breuer, auch nicht mehr allzu lang andauern, da die Brücke schon im Frühjahr eingehoben werden solle.

Frau **Schneider** bat um Auskunft, ob die Stellungnahme der Stadt Kamen zum Radverkehrskonzept des Kreises im Mobilitäts- und Verkehrsausschuss besprochen werde. In diesem Zusammenhang hob sie hervor, dass für die Aufstellung der Fahrradbügel Parkplätze für PKW weggefallen seien.

Herr **Breuer** teilte mit, dass derzeit noch nicht geklärt sei, in welchem Ausschuss das Konzept zu behandeln sei. Die Frist zur Stellungnahme ende auch erst am 1. Juni.

Herrn **Fuhrmann** interessierte, wie die Bewirtschaftung des Fahrradparkhauses am Bahnhof in Methler erfolgen solle.

Hierzu erläuterte Herr **Breuer**, dass das Schließsystem analog zu dem in der Adenauerstraße sei und von der AWO betreut werde. Die kostenlose

Nutzung erfolge mittels eines Chips, der für sämtliche Fahrradparkhäuser im Kreis Unna verwendet werden könne. Derzeit sei man zudem mit der Entwicklung einer App beschäftigt, mit der künftig das Parkhaus zu öffnen sei. Von den Chips seien bereits 150 programmiert; kleinere technische Mängel müssten noch behoben werden, aber er sei zuversichtlich, dass die Freigabe kurzfristig erfolgen könne.

Ergänzend erkundigte sich Herr **Fuhrmann** nach der Anzahl der Fahrräder, die in dem Parkhaus abgestellt werden könnten.

98 Bügelhalter, teilte Herr **Breuer** mit, würden dort bereitgestellt. Es handle sich um die alten Fahrradabstellbügel, die auch am Rathaus genutzt werden. Die neue Anlage sei lediglich in der Form qualifiziert worden, als das ein Teilbereich nicht mehr frei zugänglich sei und sowohl eine Überwachungskamera als auch eine Zugangskontrolle installiert worden seien.

Herr **Kasperidus** bat um Informationen über die Zeitschiene für den neuen Weg auf dem ehemaligen Kettler-Gleis, sofern dies unter Berücksichtigung zu beantragender Fördergelder zum jetzigen Zeitpunkt möglich sei.

Herr **Breuer** vermochte keinen konkreten Umsetzungszeitraum zu versprechen. Der Eigentümer habe allerdings großes Interesse, den Weg kurzfristig abzugeben. Daher müssten die Flächen vermessen werden. Es sei tatsächlich geplant, in diesem Jahr Mittel aus dem neuen Förderprogramm des Bundes „Stadt und Land“ zu beantragen. Zuvor wären jedoch Planungen durchzuführen und Kosten zu schätzen sowie weitere Gespräche mit dem Eigentümer zu führen.

Herr **Dr. Liedtke** wies ergänzend auf die Besonderheit hin, dass nicht nur die ehemalige Trasse, sondern auch die Brücke über der „Heerener Straße“ übernommen werden müsse. Diese Übernahme sei aber nur möglich, sofern dafür keine Kosten anfielen. Die Brücke sei also zunächst zu begutachten und dazu müssten weitere Gespräche mit dem Eigentümer geführt werden. Zusammenfassend erklärte Herr Dr. Liedtke, werde hier mit der Trasse und der Brücke ein Gesamtpaket geschnürt, bei dem unter Zugrundelegung von Fördermitteln in Höhe von 95 % ein überschaubarer Eigenanteil von höchstens 5 % auf die Stadt zukäme. Im Idealfall könne es vielleicht auf ein „Nullsummenspiel“ hinauslaufen.

Herr **Aschhoff** erkundigte sich, ob der Weg ausreichende Breiten aufweise, um ein erhöhtes Aufkommen an Fußgängern und auch Radfahrern aufzunehmen. Er denke hier besonders an die Mitarbeiter der Firmen Avarto und Kaufland.

Für den gesamten Abschnitt könne er diese Frage nicht beantworten, so Herr **Breuer**, die Brücke werde jedoch eine Engstelle bleiben. Zum aktuellen Zeitpunkt erfolgten auf der Trasse Vermessungsarbeiten, um festzustellen, wie breit die Dammkrone tatsächlich sei. Ziel sei, überwiegend eine Breite von 4,50 m zu erhalten.

Herr Dr. **Liedtke** ergänzte, dass es, unabhängig von den Ziel- und Quellverkehren auf diesem Weg, nur die Anschlussmöglichkeit über eine Rampe an der Schäferstraße gebe. Das alte Gleis zwischen „Schäferstraße“ in Richtung Bahnhof sei nicht nutzbar, da dort die Trasse vor der Lärmschutzwand ende.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. **Liedtke** informierte die Ausschussmitglieder, dass der Rat der Stadt Dortmund ein Moratorium in Bezug auf den Bau der OW III a (L 663n) für die Legislaturperiode 2020 bis 2025 beschlossen habe. Dies bedeute, der Neubau der OW III a sei zunächst planerisch ruhend gestellt.

Anfragen

Herr **Eckardt** bezog sich auf den von der SPD-Fraktion am 19.3.21 eingereichten Antrag über den Einsatz von Passivzählern durch die Verwaltung. Hintergrund seien die sich verändernden, meistens zunehmenden Verkehrsströme und die Veränderung von Straßen, wie beispielsweise der Nordring. Ferner kämen neue kritische Punkte, wie zum Beispiel an der Afferder Straße, die Lage des neu errichteten Kindergartens an der Wasserkurler Straße oder auch zukünftig die neue Spange, hinzu. Um auf Grundlage tatsächlicher und nicht gefühlter Zahlen die Veränderung von Verkehrsströmen und daraus resultierende erforderliche Maßnahmen beurteilen zu können, rege die SPD-Fraktion die Durchführung von Verkehrszählungen auf Kamener Gebiet an.

„Passivzähler“, klärte Frau **Schulze** die Anwesenden auf, seien Geräte, mit denen Verkehrsmengen und Geschwindigkeiten unterschiedlicher Verkehrsarten erfasst werden können. Sie wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Stadtverwaltung Kamen nicht befugt sei, Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen durchzuführen; hier liege die Zuständigkeit beim Kreis bzw. der Kreispolizeibehörde. Die mit den Messgeräten durchgeführten Datenerfassungen bildeten jedoch die Grundlage für Überwachungsmaßnahmen des Kreises und der Polizei. Der Einsatz erfolge jeweils dort, wo auffällige Stellen oder mögliche Gefahrenstellen von Seiten der Politik oder der Bürger gemeldet würden. Das, so Frau Schulze, bedeute, dass ein pauschaler Einsatz dieser Messgeräte nicht geplant sei. Sie werde jedoch die Anfrage der SPD-Fraktion zum Anlass nehmen, sowohl an der Wasserkurler als auch an der Afferder Straße Messungen vornehmen zu lassen.

Herr **Madeja** bat um Auskunft, ob es möglich sei, am Parkhaus am Bahnhof eine gewisse Anzahl an E-Ladesäulen zu installieren. Da das Parkhaus in erster Linie für Pendler gedacht sei, müssten es hier auch keine Schnellladesäulen sein.

In der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses sei, so **Herr Dr. Liedtke**, darüber informiert wurde, dass derzeit ein entsprechendes Konzept erarbeitet werde, inwieweit Lademöglichkeiten angeboten werden können.

Der Klimaschutzbeauftragte der Stadt Kamen habe sich auch mit dem Thema Car-Sharing auseinandergesetzt, habe sie der Presse entnommen, führte **Frau Schneider** aus. Seine Anwesenheit wäre daher ihrer Auffassung nach wünschenswert.

Ferner, habe sie festgestellt, seien der Kreis Unna sowie die Städte Dortmund, Bergkamen und Bönen Mitglieder im Zukunftsnetz Mobilität NRW,

die Stadt Kamen jedoch nicht und erkundigte sich nach dem Grund. Das Netzwerk könne, da dort der Austausch auch auf NRW-Ebene erfolge, praktische Beispiele und Wege aufzeigen, dass auch in einer Stadt wie Kamen z. B. Car-Sharing angeboten werden könne. Desweiteren bat Frau Schneider um Auskunft, ob es in Kamen eine Stellplatzsatzung gebe.

Herr **Dr. Liedtke** konnte die Anfrage zum Zukunftsnetz Mobilität zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantworten. Die Angelegenheit werde geprüft und in einer der nächsten Sitzungen beantwortet.

Derzeit existiere keine Stellplatzsatzung für das Gebiet der Stadt Kamen, informierte Herr Breuer. Diese Regelungen treffe das Bauordnungsrecht. Derzeit lehne man sich in der Praxis an die Musterstellplatzsatzung des AGFS an. Er warte jedoch auf eine von Frau Scharrenbach angekündigte Stellplatzverordnung des Landes, deren Entwurf er auch schon gelesen habe. Diese sei eng angelegt an die Musterstellplatzsatzung und sofern diese als Verordnung umgesetzt werde, sei eine eigene Stellplatzsatzung mit gleichem Inhalt nicht mehr erforderlich.

Ferner stehe eine erneute Novellierung des Bauordnungsrechts, einschließlich der Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen, an. Sofern in diesem Rahmen Regelungen im Hinblick auf Stellplätze erfolgen, müsse geprüft werden, ob eine eigene Satzung überhaupt noch notwendig werde. Grundsätzlich wäre dies nur dann der Fall, wenn sehr unterschiedlich strukturierte Bereiche einzeln geregelt werden sollten bzw. müssten.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass in den meisten eingehenden Bauanträgen bereits Stellplätze, beispielsweise für Fahrräder, sogar mit Ladestationen und eingehaust, berücksichtigt seien. In den übrigen Fällen seien die Stellplätze schlichtweg nur vergessen und auf Ansprache die Anträge entsprechend geändert worden.

Herr **Wilhelm** schlug vor, die Baustellenampel an dem Knotenpunkt „Hil-singstraße / Lünener Straße“ zu einer Dauerlösung zu machen, da diese sich in der Zeit der Baumaßnahme der Autobahnbrücke bewährt habe. Ferner bat er um Auskunft, ob die Hupterschließung des neuen Lagers der Firma Tedi über die Zollpost erfolgen solle. In diesem Zusammenhang bat er um Mitteilung, wie es sich mit der Bushaltestelle verhalte, die sich derzeit noch im Bereich der Einfahrt zum Tedi-Lager befinde.

Abschließend sprach Herr Wilhelm die nächtliche „Autoposer“-Szene an. Diese habe sich, aus Dortmund verdrängt, nach Unna verlagert; er wies auf den damit verbundenen Verkehrslärm auf der Strecke zwischen A 2 und Unna (Werwer Mark) hin. Er bat um Mitteilung, wie die Verwaltung beabsichtige, damit umzugehen.

Herr **Dr. Liedtke** verwies, Bezug nehmend auf den ersten Punkt der Anfrage, darauf, dass sowohl auf Grund der Klassifizierung der Straße als auch der fehlenden örtlichen Zuständigkeiten diese Anfrage an die sachlich und örtlich zuständigen Stellen weitergeleitet werde.

Die Hupterschließung des neuen Tedi-Lagers, bestätigte er, erfolge über die Straße „Zollpost“; dies sei sowohl durch die Baugenehmigung als auch den Mietvertrag mit Tedi festgelegt.

Bei der Bushaltestelle, erläuterte Herr **Breuer**, handele es sich nicht um eine Linienbushaltestelle, sondern lediglich um eine „Nothaltestelle“. Nach Beendigung der Bauarbeiten solle der Bus auf dem Firmengelände halten können.

Der Hinweis über die „Autoposer-Szene“, so Herr **Dr. Liedtke**, werde zuständigshalber an die Polizei weitergeleitet. (Anmerkung der Verwaltung: Die Kreispolizeibehörde wurde am 21.04.21 angeschrieben und gab folgende Stellungnahme ab:

Die KPB Unna hat in Bezug auf die Tuner-, Poser- und Raserszene ein Konzept entwickelt und arbeitet eng mit dem PP Dortmund zusammen, um mögliche Abwanderungstendenzen dieser Szene frühzeitig zu erkennen und somit idealerweise auch zu verhindern.

Im Rahmen des Konzeptes werden im Zuständigkeitsbereich der KPB Unna regelmäßige Schwerpunkteinsätze durchgeführt und ergänzend Kontrollen im Rahmen des täglichen Dienstes durchgeführt. Eine Etablierung der Szene hat nicht stattgefunden. Bislang wurden nur einzelne der Szene angehörige Verkehrsteilnehmer an unterschiedlichen Örtlichkeiten angetroffen, wozu die L 665 (Heerener Straße / Werver Mark) jedoch nicht gehört. Festgestellte Verkehrsverstöße werden durchgängig konsequent geahndet.)

So unterliegt auch die Situation auf der Werver Mark der wiederkehrenden Beobachtung durch die KPB Unna in Verbindung mit der vorgenannten Sanktionierung. Auf daraus resultierende Erkenntnisse über mögliche neue Entwicklungen kann dann unmittelbar reagiert werden.

Auf der „Heerener Straße“, bestätigte Herr **Kasperidus**, habe er dies ebenfalls wahrgenommen und bat eindringlich, die Polizei entsprechend einzubeziehen.

Herr **Lütschen** erkundigte sich bei Herrn Dr. Liedtke nach dem Sachstand zur Ladeinfrastruktur in der „Helene-Lange-Straße“, die auf Grund einer Bürgeranfrage Thema im UKA gewesen sei. Die UKBS habe auf seine telefonische Anfrage mitgeteilt, ihr sei dieses Thema nicht bekannt.

Er habe sich mit dem Geschäftsführer ausgetauscht, entgegnete Herr **Dr. Liedtke**, und das Anliegen dezidiert dargelegt. Daher gehe er von einer entsprechenden Umsetzung aus. Ihm sei nichts anderes bekannt, als dass die UKBS plane, auf privater Fläche ein Ladeangebot zu schaffen. Ob für einen oder für mehrere Mieter, entziehe sich seiner Kenntnis.

Herr **Fuhrmann** sprach ein von der Verwaltung schon geprüftes Thema bzgl. der Beschilderung von Schwerbehindertenparkplätzen an. Die Kreisverkehrswacht habe beabsichtigt, auf ihre Kosten ein weiteres Schild mit der Aufschrift: „Wenn Sie meine Behinderung übernehmen, überlasse ich Ihnen meinen Parkplatz“, anzubringen. In einigen umliegenden Städten, wie z. B. auch in der Stadt Bergkamen, seien diese Zusatzzeichen montiert worden. Er bat daher die Verwaltung, trotz der bereits von Frau Schulze verfassten Stellungnahme, über die Regelungen der StVO hinaus die Anbringung des Zusatzzeichens zuzulassen.

Frau **Schulze** lehnte diesen Vorschlag mit Hinweis auf die bereits erfolgte intensive Prüfung dieses Sachverhaltes ab. Sie habe durchaus Verständnis für die Intention der Verkehrswacht und auch die der Betroffenen; die Verwaltung könne jedoch nicht gegen geltendes Recht verstoßen.

In diesem Zusammenhang unterrichtete sie die Anwesenden darüber, dass die Anregung der Verkehrswacht dazu geführt habe, dass seit Beginn des Jahres eine Überprüfung aller Schwerbehindertenparkplätze im Stadtgebiet Kamen durch den ruhenden Verkehr statfinde, um fehlerhafte oder abgängige Beschilderung korrigieren bzw. erneuern zu können.

Herr **Kasperidus** stellte anschließend fest, dass keine weiteren Anfragen und Mitteilungen, auch für den nicht-öffentlichen Teil, vorlägen. Er bedankte sich für die konzentrierte Mitarbeit und schloss die Sitzung.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kasperidus
Vorsitzender

gez. Schulze
Schriftführerin